

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Karl-Heinz Hiersemann
MdL, Stellvertretender
SPD-Fraktionsvorsitzen-
der im bayerischen Land-
tag, appelliert an die
bayerischen FDP-MdB: Die
Verschärfung des Demon-
strationsstrafrecht ab-
lehnen! Seite 1

Fritz Sängers: "Hitlers
Tagebücher" werden die
Phantasien derer anregen,
die aus Unwissenheit oder
leichtfertig Wunschbilder
entwerfen. Seite 2

Freimut Duve MdB wendet
sich gegen duckmäuseri-
schen Chauvinismus: Die
Bundesregierung will die
auswärtige Kulturpolitik
nach rechts wenden.
Seite 4

Robert Anretter MdB:
Lufthansa-Airport-Expresß
soll auch Stuttgart an-
laufen. Seite 5

Fridolin Scheuble: Be-
stach bayerische Staats-
firma BHS CDU-Politiker?
Seite 6

Dokumentation

Karsten D. Volgt MdB auf
der Hamburger Times-Kon-
ferenz zur "Atlantischen
Allianz". Seite 7

38. Jahrgang / 84

3. Mai 1983

Nagelprobe für bayerische FDP-MdB

Die Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts ablehnen!

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL
Stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender im bayerischen
Landtag

Ich appelliere an die sechs bayerischen FDP-Bundestagsab-
geordneten, der von Bundesinnenminister Zimmermann geplan-
ten, liberalen Grundsätzen Hohn sprechenden Verschärfung
des Demonstrationsstrafrechts nicht zuzustimmen. Aufgrund
dieser Verschärfung sollen friedliche Demonstranten zu
Vorbesträften werden, weil sich dann nicht nur, wie bisher,
gewalttätige Demonstranten strafbar machen, sondern alle -
auch friedliche - Teilnehmer einer Demonstration, bei der
es zu Gewalttätigkeiten kommt.

Vorgänge wie jene bei den rechtswidrigen Massenverhaftungen
in Nürnberg würden dann zur Regel. Die geplante Verschärfung
des Demonstrationsstrafrechts führt also im Endeffekt zu
einer Einschüchterung von friedlich gesonnenen Demonst-
ranten, bewirkt aber nicht die gewünschte Verhinderung von
Gewalttaten.

Es wäre bei dieser Sachlage völlig unverständlich, wenn die
bayerischen FDP-Bundestagsabgeordneten den Beschluß ihres
Parteitages mißachten und sich durch die wütenden Reaktio-
nen von Minister Zimmermann (der FDP-Parteitagsbeschluß sei
ein Schlag gegen die gesamte Bundesregierung, sagte Zimmer-
manns Sprecher) einschüchtern ließen.

Der Parteitagsbeschluß der bayerischen FDP macht im übrigen
deutlich, daß nicht nur in der Außen- und Deutschlandpolitik,
sondern auch auf innen- und rechtspolitischem Gebiet zwi-
schen den neuen Bonner Koalitionären gravierende Dissenzen
bestehen. Ständige Auseinandersetzungen sind vorprogrammiert.
Die FDP wird es sich auf Dauer nicht leisten können, den
größten Teil ihrer liberalen Grundsätze über Bord zu wer-
fen, nur um an der Macht teilhaben zu können.

(-/3.5.1983/ks/ca)

+ + +

Verlag:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Verantwortung über-
nommen durch die
Redaktion



Ohne historischen Wert

"Hitlers Tagebücher" werden die Phantasien derer anregen, die aus Unwissenheit oder leichtfertig Wunschbilder entwerfen

Von Fritz Sanger

Sind die Tagebucher des Adolf Hitler echt oder nicht, die nun nach mehr als vier Jahrzehnten irgendwie und irgendwo aufgetaucht sind? Zu der Frage haben sich inzwischen die wohl bedeutendsten Wissenschaftler der Zeitgeschichte geauert. Aus ihren Antworten erwuchs eine zweite Frage: Sind diese Niederschriften teilweise echt und teilweise gefalst, also nicht von dem bisher angegebenen Autor verfaßt, doch aber von dem Diktator des Nationalismus uberpruft und gebilligt worden? Die Gelehrten werden es kaum mit letzter Sicherheit feststellen können.

Von 1933 bis 1945 und vorher und nachher waren wir "dabei". Wir haben beobachtet, gehört, gesehen, recherchiert, haben ungezählte Gespräche geführt, nicht mit irgendwem, auch mit politischen Gegnern des braunen Regimes, vor allem aber mit seinen Gefolgsleuten und Anhängern, mit kleinen und mit großen Funktionären des Nazi-Systems. Wir lernten dabei, daß persönliche, sachliche und private Feindseligkeiten untereinander ausgetragen wurden, daß Ehrgeiz und blinde Gefolgschaftstreue wirkten. Wir hrten und wußten von kleinen und allzu kleinen "Menschlichkeiten", denen auch jene nicht ausweichen konnten - von den Freundinnen in Stockholm und den Freunden in Paris oder Florenz, von den Geldsorgen, die zu beheben waren und von vielem, vielem mehr.

Journalisten leben davon, daß sie aufmerksam sind. Sie haben keine "Arbeitsstunden", sie sind immer im Beruf. Es ist nicht ihre Aufgabe, alles zu berichten, was sie beobachtet, erfahren und erforscht haben, wohl aber, vieles zu wissen, sich zu kümmern und zu verantworten, was sie dann der Öffentlichkeit mitteilen, weil gemeinsames Schicksal betroffen, zumindest tangiert wird.

Kaum etwas lag uns damals näher als zu erfahren, ob der Mann, auf den es an jedem Tage und bei jedem Geschehen ankam, dieses kritisch verfolgte oder ob er nur, wie es zu beobachten war und wie auch behauptet wurde, "regierte", anordnete, bestimmte und befahl. Schrieb er gar auf, was geschah, wertete er? Er hatte, dieser Hitler, die nationalistischen Strömungen aus dem 19. und 20. Jahrhundert, die in Deutschland brandeten, schließlich zusammengeführt. Er war Staatsoberhaupt geworden. Er hielt die Geschicke des Reiches in seiner Hand und führte Deutschland in die Zerstörung.

Hitler war tätig. Er hatte Ziele und hatte sie in seinem Buch "Mein Kampf" dargelegt. Er war in des Wortes eigentlicher Bedeutung ein "Aktivist". Er wollte, verlangte, ertrotzte und er erreichte in zäher Beharrlichkeit Schritt um Schritt auf einem von ihm vorgezeichneten Wege nicht alles, aber zu vieles.

Hitler stieß nach vorn. Sah er auch nach drinnen? Konnte er das je? Suchte, gab er sich Rechenschaft? Wenn er ein Tagebuch schreiben konnte, mußte er dies gekonnt haben. Als er am 30. Juni 1934 Hunderte von einstigen "Kampfgenossen", die mit ihm geputscht hatten, erschießen ließ, als er danach als selbsternannter "oberster Richter" die Morde zu rechtfertigen versuchte, die er allein zu verantworten hatte, wurde seine Ich-Struktur deutlicher denn je zuvor erkennbar. Das Geschehen war wohl zu häufig und zu grausam, als daß die Nation damals erschrecken konnte.



Ich habe diesen Menschen häufiger gesehen, vor allem in Berlin, auch in Nürnberg, manchmal über Stunden hin unverwandt, wenn der Redefluß nicht endete. Näher als ein paar Meter entfernt kam ich ihm nie. Aber ich sah das oft verräterische Spiel der Mienen, der zuckenden Muskeln, der körperlichen Verhaltensweisen. Ich konnte sehen und hören - und meine Berufskollegen neben, hinter und vor mir nicht minder -, wie hektisch, dann wieder auch differenziert er sprach und sich benahm, wie zügellos er dann alle Grenzen überschritt und dies in Wahl der Wörter und in Gesten zeigte, wie alles, aber auch alles an und in ihm bewußt, oder unbewußt auf Wirkung gerichtet war. Nach den immer wiederholten Anschauungen waren Erkenntnisse und Schlußfolgerungen möglich und drängten sich auf. Es gab und gibt Berichte früherer Mitarbeiter von ihm über den Menschen Hitler, unbrauchbare polemische und nützliche ernsthafte.

Sie bieten kein anderes Bild als das unsteter Willensexplosionen, tiefer Depressionen, euphorischer Phantastereien, chaotischen Wissens, eines fast unbegreiflichen Durcheinander möglicher, jedoch nie assoziierter Bruchstücke von Elementen, die zur Bildung des Menschen geführt hätten, wären sie nicht längst in Bröckel zerfallen. Der Mann hat keine Bildung erreicht. Er war und blieb ein Eigener, der nie Verantwortung gesucht hat, der nur wirken, etwas durchsetzen, erjagen wollte. Ihm hätte niemals Verantwortung übertragen werden dürfen und die sie ihm gaben, haben die schwere Last einer Mitverantwortung. Der von Hitler erreichte Grad eines Gefreiten im Bereich des Militärs war und blieb ihm auf allen Gebieten angemessen.

Kann ein Mensch dieser Wesensart ein Tagebuch schreiben? Die Handschrift soll die Echtheit der Texte beweisen. Man wird feststellen können, ob es seine Züge sind, die diese Handschrift aufweist - aber hat er sie auf das Papier gebracht? Es gibt Wunder von Schreibnachahmungen. Technische und chemische Beweise können vielleicht hinzugezogen werden. Man muß es abwarten.

Echt oder nicht - die Veröffentlichungen werden emotionale Wirkungen hervorrufen. Sie werden dazu beitragen, die Phantasie derer anzuregen, die in Not und Bangen Hoffnungen suchen, die bedrückt sind und zu verzagen drohen, die aus Unwissenheit und leichtfertig Wunschbilder entwerfen. Es wird eine Stimmung entstehen, in der Vernunft und Wirklichkeitssinn keinen Nährboden mehr finden.

Mit Politik, mit den Nöten des Tages und der Menschen, hat das nichts zu tun, was da nun zu lesen sein wird. Eine Hilfe für kluge und mutige politische Arbeit bringen Tagebücher mit Sensationen und Enthüllungen aus jener Zeit nicht, in der die Vorbereitung zum Krieg, die Entfaltung von Macht und ein grenzenloses Pathos jegliches Tun beherrschten. Rücksichtsloser Betrug über die wirklichen Absichten der Herrschenden hielt die Menschen in Unkenntnis der Tatsachen, führte zur Unfähigkeit des Mitdenkens und machte erfolgreiches Widerstehen zwangunmöglich.

Wenn die Bedeutung der angeblichen oder wirklich berechtigt so zu bezeichnenden Hitler-Tagebücher erfragt wird, steht die Glaubwürdigkeit dieses Menschen zur Diskussion. Der historische Wert des Inhaltes der Tagebücher kann kaum Bedeutung haben.

Die Person Hitler ist zu jeder Zeit "der Nation den Beweis seiner menschlichen Qualitäten schuldig geblieben". Mit dieser Wertung schloß am 31. Januar 1933 die ehemalige liberale "Frankfurter Zeitung" ihren Leitartikel. Der Satz blieb gültig.

(-/3.5.1983/ks/ca)

+ + +



Gegen den duckmäuserischen Chauvinismus

Die Bundesregierung will die auswärtige Kulturpolitik nach rechts wenden

Von Freimut Duve

Mitglied des Deutschen Bundestages

Die neue Bundesregierung ist anscheinend entschlossen, in der bisherigen liberalen Praxis der Auswärtigen Kulturpolitik eine drastische Wende nach rechts herbeizuführen.

Bei den Vorbereitungsarbeiten zur Regierungserklärung hat die CDU-Fraktion in einem Papier zur Auswärtigen Kulturpolitik klipp und klar die Abkehr von den bisherigen Prinzipien angekündigt:

"In der Auswärtigen Kulturpolitik werden wir neue Akzente setzen, um eine ausgewogenere Darstellung deutscher Kultur der Gegenwart und Vergangenheit im Ausland zu gewährleisten. Deutsche Kultur und Sprache müssen in anderen Ländern mit Engagement und innerer Anteilnahme vertreten werden - einseitige kulturpolitische Tendenzen einer ideologisch ausgerichteten Gesellschafts- und Staatskritik an der Bundesrepublik Deutschland dürfen die kulturpolitische Repräsentanz im Ausland nicht bestimmen.

Die Trägerinstitute der Auswärtigen Kulturpolitik (Goethe-Institute) sollen beispielsweise ihre Arbeit in diesem Sinne auffassen und sich verstärkt der Vermittlung deutscher Sprache und Kultur im Ausland in ausgewogener Weise widmen."

Auf gut deutsch heißt dies: Regierungs- und Staatskontrolle von Kultur; die Anmaßung, über kulturelle Ausdrucksformen der Deutschen befinden zu wollen; Gängelung von engagierten Künstlern und Wissenschaftlern, die nur bei vorheriger Botmäßigkeit und CDU-Staatsgehorsam eine Chance bekommen sollen, durch unsere Institute im Ausland Kultur der Bundesrepublik zu repräsentieren.

Alle an unserer Kultur Interessierten sind aufgerufen, sich für die Selbständigkeit der Goethe-Institute einzusetzen und der von der CDU/CSU-Fraktion beabsichtigten Programmumschnürung entgegenzuwirken.

Es kann keine Rede davon sein, daß "Staatskritik an der Bundesrepublik Deutschland bisher die kulturpolitische Repräsentanz im Ausland bestimmt" hat. Das kulturelle Engagement der Deutschen im Ausland hat sich in den letzten zwanzig Jahren durch eine einmalige Vielfalt und Eigenständigkeit ausgezeichnet, die nicht zuletzt der Konstruktion des Goethe-Instituts als einer von der Exekutive relativ unabhängig arbeitenden Einrichtung zu verdanken ist.

Wir Sozialdemokraten rufen alle Künstler und Autoren der Bundesrepublik, die in den vergangenen Jahrzehnten die Arbeit der Goethe-Institute aus eigener Mitwirkung kennengelernt haben, dazu auf, sich an der Verteidigung der kulturellen Vielfalt der Auswärtigen Kulturarbeit zu beteiligen.

Engstirniger und duckmäuserischer Chauvinismus darf nicht an die Stelle der bisher so erfolgreichen Kulturpolitik treten.

In diesem Zusammenhang ist die hausinterne Kritik am Auftreten deutscher Liedermacher in Paris, die aus einem Vermerk von Staatsminister Dr. Mertes an Ministerialdirektor Lahn deutlich wird, ein erstes Warnsignal.

(-/3.5.1983/ks/ca)

+ + +



Keine schlechten Chancen

Lufthansa Airport Expresß soll auch Stuttgart anlaufen

Von Robert Antretter MdB

Nicht schlecht scheinen die Chancen Stuttgarts zu stehen, einen Lufthansa Airport Expresß-Anschluß zu erhalten. Das geht jedenfalls aus einem Schreiben hervor, das ich dieser Tage vom Vorstand der Deutschen Lufthansa erhalten habe.

Seit dem 27. März 1982 bietet die Lufthansa ihren Fluggästen aus Düsseldorf, Köln und Bonn zusätzlich zu den Flugverbindungen zum und vom Frankfurter Flughafen den Lufthansa Airport Expresß an. Diese Alternative zum Kurzstreckenflug findet immer mehr Anklang.

Viermal täglich - zu den Verkehrsknoten der Starts und Landungen - verkehrt dieser moderne Schnelltriebwagenzug vom Typ ET 403 in beiden Richtungen zwischen Düsseldorf und Frankfurter-Flughafen mit Stopps in Köln-Deutz, Köln Hauptbahnhof und Bonn.

Mit dieser Alternative zum Flugangebot hat die Deutsche Lufthansa die Platzkapazität auf dieser Strecke um 20 Prozent erhöht und kann ihren Kunden nun auch zu Messe- und Ferienzeiten einen problemlosen Reiseservice bieten.

Nach dem ersten Jahr läßt sich absehen, daß dieser Zug immer mehr Anklang findet. Die durchschnittliche Gesamtauslastung lag schon in den ersten sechs Monaten bei über 30 Reisenden pro Zug.

Ich hatte in einem Gespräch mit Vertretern der Lufthansa angeregt, mit den zuständigen Stellen des Landes Baden-Württemberg und der Landeshauptstadt zu prüfen, ob auch Stuttgart an dieses Netz angeschlossen werden könne. Es sprechen sowohl Energie-spargründe wie Kostengesichtspunkte für diese Alternative zum Kurzstreckenflug. Genaue Untersuchungen dürften nach meiner Meinung unter anderem ergeben, daß für Passagiere aus dem Raum Stuttgart kein zeitlicher Nachteil damit verbunden sei. Im Zweifel könnte sogar ein Zeitgewinn mit dem Airport Expresß erreicht werden.

Aus dem Schreiben, das ich dieser Tage erhielt, geht hervor, daß die Lufthansa vor wenigen Tagen die einjährige Testperiode des Airport Expresß-Dienstes auf der Strecke Düsseldorf-Köln-Bonn-Frankfurt abgeschlossen hat und nun mit der Auswertung beginnt. Bis spätestens 30. Juni 1983 wird die Lufthansa sich entscheiden, ob der Airport Expresß zu einem festen Bestandteil des Lufthansa-Streckennetzes wird. Sollte dies der Fall sein, so wird die Lufthansa die Dienste auf der Rheinstrecke 1984 und darüber hinaus fortsetzen und frühestens ab 1985 eine Ausdehnung auf andere Strecken vornehmen.

"An erster Stelle steht dabei", so heißt es in dem Schreiben an mich, "die von Ihnen angesprochene Strecke Stuttgart-Frankfurt". Sie ist relativ kurz und bietet sich daher für eine Airport Expresß-Verbindung an.

Eine Fahrt mit dem Lufthansa Airport Expresß wird im Lufthansa-Reservierungssystem wie ein Lufthansa-Linienflug behandelt. Das bedeutet: Schon bei der Buchung entscheidet sich der Fluggast zwischen Zug oder Flug. Der Lufthansa Airport Expresß kann nur mit gültigem Flugschein benutzt werden. Am Beispiel der Strecke Düsseldorf-Frankfurt und zurück zeigt sich, daß sich der Airport Expresß für den Passagier auch finanziell lohnt, liegt er doch mit 185,- DM erheblich unter dem Normaltarif von 386,- DM für den Flug und nicht nennenswert über dem Tarif der ersten Klasse des Intercity mit der Bundesbahn. Und das bei First Class Service.
(-/3.5.1983/ks/ca)

+ + +



Bestech bayerische Staatsfirma BHS CDU-Politiker?

Verdächtiges Schweigen veranlaßt SPD-Abgeordnete zu parlamentarischen Initiativen

Von Fridolin Scheuble

Pressesprecher der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag

Verdächtiges Schweigen ist zu vermeiden. Die bayerische Staatsregierung, die täglich me-terlange Erklärungen zu Wichtigem und Nichtigem abgibt, hält es offensichtlich für nicht opportun, sich zum Thema "Geschäftsgebahren der staatseigenen Firmen BHS" zu äußern. Hinter diesem "Gebahren" verbirgt sich nichts weniger als der in Hessen erhobene Vorwurf, die bayerisch-staatseigene "Berg-, Hütten- und Salzwerte AG" (BHS) habe zwei hessische CDU-Politiker regelrecht bestochen und einen hessischen CDU-Landrat korrumpiert. Nachdem die bayerische Landtags-SPD den Fall aufgegriffen und der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Jürgen Böddrich am 4. April eine umgehende Aufklärung der Affäre durch die Staatsregierung gefordert hatte, begnügte sich das für die Verwaltung von Staatseigentum zuständige Finanzministerium bis dato mit einer vollkommen nichtssagenden Zwölf-Zeilen-Erklärung. Darin wurde an erster Stelle der Versuch zurückgewiesen, aus dem Fall "parteiliches Kapital" zu schlagen. Polit- und Presseprofis wissen, daß dieses "parteiliche Argument" von den Ministerien immer dann bemüht wird, wenn ihnen absolut nichts zur Sache einfällt.

Die Staatsanwaltschaft ermittle, ließ das Finanzministerium noch wissen - als ob sich die Staatsregierung in Fällen, die ihr publicitygünstig erschienen, schon einmal durch laufende staatsanwaltschaftliche Ermittlungen daran hätte hindern lassen, lautstark "Aufklärung" zu fordern und das Ergebnis auch gleich mitzuverkünden (zum Beispiel den von Strauß ferndiagnostizierten kürzlichen "Mordfall" Burkert). Gekrönt wird im Falle BHS die Auskunftsfreudigkeit des Finanzministeriums durch die Mitteilung, die BHS habe "in einer ersten Stellungnahme die Vorwürfe als unwahr zurückgewiesen". Wie beruhigend.

Die SPD-Landtagsabgeordneten Max von Heckel, Albert Koch und Ambros Neuburger haben nunmehr den Versuch unternommen, durch Schriftliche Anfragen die Staatsregierung etwas auskunftsbereiter zu machen. Die Ausgangslage, wie sie sich in bisher nicht widerlegten Zeitungsberichten darstellt:

Im hessischen Wetteraukreis wird der Rücktritt beziehungsweise die vorläufige Beurlaubung des CDU-Landrats Helmut Münch gefordert. Der CDU-Kreistagsabgeordnete Alt ist bereits zurückgetreten. (Ein weiterer, Wißner, gegen den ebenfalls Beschuldigungen erhoben wurden, ist in der Zwischenzeit tödlich verunglückt.) Grund dafür sind öffentlich erhobene Vorwürfe, nach denen die beiden Kreistagsabgeordneten im Zusammenhang mit einem Vertragsabschluß für eine Müllumladestation von der bayerischen Staatsfirma Berg-, Hütten- und Salzwerte AG (BHS) insgesamt DM 45.200,- Bestechungsgelder erhalten haben sollen. Dem Landrat wird vorgeworfen, auf Kosten der BHS mit seiner Familie in Bad Reichenhall Urlaub gemacht und finanzielle aufwendige Einladungen der gleichen Firma angenommen zu haben (zum Beispiel Geburtstagsfeier des Aufsichtsratsvorsitzenden Wachter, Wohnen im "Bayerischen Hof" in München und Besuch mehrerer Nachtlokale). Die Beschuldigungen wurden von einem früheren Mitarbeiter der BHS, der an den Verhandlungen vor dem Vertragsabschluß beteiligt war, gegenüber der "Frankfurter Rundschau" belegt.

Der SPD-Abgeordnete Max von Heckel würde nun gerne von der Staatsregierung wissen, ob sie "derartige Praktiken bei der Akquisition von Aufträgen billigt" und welche Maßnahmen sie gegebenenfalls zu ergreifen gedenkt, um "derartige Vorkommnisse zu ahnden".

Der SPD-Abgeordnete Ambros Neuburger hat unter anderem diese Fragen präsentiert:

- Ist es richtig, daß die beiden Kreistagsabgeordneten den Betrag von DM 45.200,- für angebliche Kostenaufstellungen und für Beratung erhalten haben, obwohl die BHS als bundesdeutscher Marktführer bei Müllumladestationen diese grundsätzlich schlüsselfertig und mit allen Detailplanungen liefert?
- Ist es richtig, daß dieser Betrag am 16. April 1982 an den Kreistagsabgeordneten Wißner bei der BHS "bar in Banknoten" ausbezahlt wurde und wird diese Zahlungsweise bei einem Betrieb in dieser Größenordnung als üblich angesehen?
- Wie wurde dieser Betrag verbucht, gibt es dafür Belege und für welche Gegenleistung sind diese ausgestellt?
- Ist es in dieser Branche üblich, daß der Vertragsabschluß die verantwortlichen Kommunalpolitiker von der Lieferfirma in der bekanntgewordenen Art und Weise eingeladen werden und wie ist das mit den Grundsätzen eines Betriebes vereinbar, der voll im Besitz des Freistaates Bayern ist?
- Welche Folgerungen wird die Staatsregierung - auch im Rahmen ihrer Dienstaufsicht und über die Aufsichtsratsstätigkeit ihrer Kabinettsmitglieder - aus diesen Beschuldigungen ziehen und was wurde bisher getan um den Sachverhalt aufzuklären? (-/3.5.1983/ks/ca)

D O K U M E N T A T I O N

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Karsten D. Voigt hat in der vergangenen Woche auf der von der Zeitschrift "Times" veranstalteten Konferenz zum Thema "Atlantische Allianz" in Hamburg folgendes Referat gehalten:

Den innerwestlichen Konflikt überwinden

In einem Jahr, in dem die Entscheidung zwischen unterschiedlichen sicherheitspolitischen Glaubensbekenntnissen offensichtlich im Vordergrund steht, mag eine Position des Abwägens zwischen unterschiedlichen Argumenten und Konzeptionen unzeitgemäß sein. Vielleicht eröffnet eine solche Position aber gleichzeitig die Möglichkeit für einen künftigen neuen Konsens im westlichen Bündnis über die gemeinsame Strategie des Umgangs mit der Sowjetunion. Denn der innerwestliche Konflikt über den Inhalt einer gemeinsamen westlichen Konzeption des Umgangs mit der Sowjetunion ist in Wirklichkeit die wichtigste Ursache unserer Kontroverse über den Ost-West-Handel und die Rüstungskontrollpolitik.

Der NATO-Doppelbeschuß - eine Kompromißformel

Der NATO-Doppelbeschuß ist das Ergebnis zwischen verteidigungspolitischen Erwägungen einerseits und rüstungskontrollpolitischen Erwägungen andererseits. Der NATO-Doppelbeschuß ist aber auch das Ergebnis eines Kompromisses zwischen unterschiedlichen verteidigungspolitischen Konzeptionen und zwischen unterschiedlichen rüstungskontrollpolitischen Konzeptionen. Es ist deshalb überhaupt nicht erstaunlich, daß der NATO-Doppelbeschuß verschieden interpretiert wird. Ebenso wenig erstaunlich ist es, daß Anhänger unterschiedlicher rüstungskontrollpolitischer und militärstrategischer Konzeptionen den NATO-Doppelbeschuß für ihre jeweils unterschiedlichen politischen Zwecke zu instrumentalisieren versuchen.

Der NATO-Doppelbeschuß fand 1979 nur deshalb eine ausreichende Mehrheit in den Mitgliedstaaten der NATO, weil er in ein entspannungspolitisches Konzept, das auf dem Harmel-Report von 1967 beruhte, eingebettet war. Wer dieses entspannungspolitische Konzept des westlichen Bündnisses in Frage stellt, stellt damit gleichzeitig die politischen Grundlagen des NATO-Doppelbeschlusses in Frage.

Der NATO-Doppelbeschuß beruhte auf bestimmten Annahmen, die sich später zum Teil als unrichtig erwiesen haben. So hat die Sowjetunion inzwischen mehr SS 20-Raketen aufgestellt, als es die NATO damals vermutete. Andererseits ist der SALT II-Vertrag, dessen Ratifizierung beim NATO-Doppelbeschuß vorausgesetzt wurde, an den USA gescheitert. Diejenigen, die heute eine engere Verknüpfung der Genfer INF-Verhandlungen mit den Genfer START-Verhandlungen fordern, knüpfen damit an rüstungskontrollpolitische Überlegungen an, die bereits zum Zeitpunkt des NATO-Rats-Beschlusses von 1979 bestanden. Eine inhaltliche Verknüpfung der Genfer INF-Verhandlungen mit den Genfer START-Verhandlungen könnte im übrigen auch eine direkte oder indirekte Berücksichtigung oder Kompensation der britischen und französischen Systeme erleichtern.

Für mich hatten und haben weiterhin beim NATO-Doppelbeschuß die rüstungskontrollpolitischen und bündnispolitischen Erwägungen Vorrang vor den militärstrategischen.

Die graue Zone, von der Helmut Schmidt 1977 in seiner Londoner Rede sprach, war und ist für mich vorrangig eine Verhandlungslücke und erst nachrangig eine Rüstungslücke. Aus dieser politischen Priorität ergibt es sich logisch, auf einen zügigen Verhandlungsverlauf und auf eine größere wechselseitige Bereitschaft zum Verhandlungskomprobiß zu drängen.

Aus dieser politischen Priorität und aus der Tatsache des relativ späten Verhandlungsbegins und der Analyse des bisherigen Verhandlungsverlaufs ergibt sich ebenfalls die Überlegung, falls die Genfer Verhandlungen bis zum Herbst dieses Jahres zu keinen Vereinbarungen geführt haben, dann gegebenenfalls die Fortführung der Verhandlungen und einen zeitlich befristeten Aufschub des Stationierungsbeginns zu beschließen.



Vorrang für die Rüstungskontrolle

Der politische Vorrang für die Rüstungskontrolle steht im engen Zusammenhang mit der Bewertung des verteidigungspolitischen Teils des NATO-Doppelbeschlusses.

Die annähernde Parität der beiden nuklearen Weltmächte im Bereich der strategischen Nuklearwaffen hat die Bedeutung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit im regionalen Bereich erhöht. Das annähernde Gleichgewicht im Bereich der nuklearstrategischen Waffensysteme hat die Abschreckungswirkung dieser Waffensysteme als Ausgleich für regionale Ungleichgewichte im Bereich der Nuklearwaffen verringert aber nicht gänzlich neutralisiert. Trotz des annähernden nuklear-strategischen Gleichgewichts kann ein potentieller Angreifer in Europa nach wie vor das Risiko einer nuklearen Eskalation zu einem globalen Konflikt nicht völlig ausschließen.

Es ist völlig eindeutig, daß die Sowjetunion im Bereich der landgestützten Mittelstreckenwaffen überlegen ist. Ob sie diese Überlegenheit erfolgreich zur politischen Einschüchterung oder Erpressung nutzen könnte, halte ich für fragwürdig. Einerseits besteht nach wie vor eine gewisse Abschreckungswirkung der strategischen Nuklearwaffen auch gegen eine regionale Bedrohung durch Nuklearwaffen. Andererseits ist zu recht umstritten, welche glaubwürdigen zusätzlichen militärischen Optionen mit regionalen nuklearen Überlegenheiten verbunden sind.

Es kann in dieser Frage keine völlig eindeutigen und unumstrittenen Antworten geben, weil die Einschüchterungs- oder Abschreckungswirkung nuklearer Waffen aus einer Kombination von militärtechnologischen, militärstrategischen, politischen und psychologischen Erwägungen bestehen.

Die Antwort wird entscheidend dadurch beeinflußt, für wie glaubwürdig man flexible und selektive Nuklearkriegsdrohungen hält, das heißt ob und inwieweit man es für möglich hält, einen Nuklearkrieg politisch und militärisch zu kontrollieren.

Ich neige dazu, die in dieser Hinsicht kritischen Einwände Desmond Balls' im Adelphi Paper Nr. 169, 1981 zu unterstützen. Die Logik der militärischen Planungen der gegenwärtigen Administration der USA geht in die meiner Meinung verkehrte Richtung, die Krise der Abschreckungsdoktrin durch die militärische Verfeinerung der nuklearen Abschreckungsfähigkeiten und insbesondere die Verbesserung C³I-Fähigkeiten zu überwinden.

Der zusätzliche Abschreckungswert der Pershing II soll sich aus ihrer Glaubwürdigkeit im Rahmen einer kontrollierten nuklearen Eskalationsdrohung ergeben. Ich halte sowohl die Hoffnungen, die einige Militärstrategen, aber auch die Befürchtungen, die große Teile der Friedensbewegung mit der Pershing II verbinden, für weitaus übertrieben. Sowohl bei Militärstrategen wie bei Teilen der Friedensbewegung besteht eine Neigung zur isolierten und übertriebenen Beurteilung einzelner militärtechnologischer und militärstrategischer Aspekte, die allerdings tatsächlich mit der Pershing II verbunden sind.

Es ist zu kritisieren, daß im neuen Vorschlag Präsident Reagans der Verzicht auf die Pershing II nicht ausdrücklich vorgesehen ist. Damit fällt dieser Vorschlag hinter die Gespräche zwischen Nitze und Kwitschinski in Genf zurück. Auch beweist die kritische Diskussion über den verteidigungspolitischen Teil des NATO-Doppelbeschlusses, daß führende Politiker zu wenig bedacht haben, daß eine glaubwürdige Abschreckung eines politischen Gegners mit einer glaubwürdigen Reassurance der eigenen Bevölkerung verbunden sein muß.

Der Abschreckungswert der Pershing II soll neben ihrer Funktion im Rahmen einer kontrollierten nuklearen Eskalation in ihrer Fähigkeit zur long range interdiction gegen ortsfeste Ziele bestehen. Diese Funktion im Rahmen einer long range interdiction könnte im Zuge der absehbaren militärtechnologischen Entwicklung durch konventionelle Waffen erfüllt werden.



Mir sind in den USA von führenden nicht zur Regierung gehörenden Beratern vor kurzen Pläne für konventionelle Pershing II-Raketen vorgetragen worden. Die Stationierung konventioneller Pershing II-Raketen in mehreren NATO-Mitgliedstaaten soll diesen Plänen zufolge die NATO von der Androhung einer nuklearen Eskalation durch glaubwürdige konventionelle Verteidigungsfähigkeiten unabhängiger machen.

Ich behaupte nicht, daß die Reagan-Administration die Stationierung derartiger konventioneller Pershing II-Raketen plant. Ich möchte auch nicht mißverstanden werden als sei ich ein Befürworter von konventionellen Pershing II-Raketen.

Dieser Hinweis soll nur beweisen, daß viele der militärischen Funktionen, die bisher durch nukleare Waffen erfüllt werden sollten, künftig durch konventionelle Waffen übernommen werden können.

Schon heute lagern in Westeuropa mehr Nuklearwaffen als verteidigungspolitisch nötig wären. Ich hoffe, daß sich die NATO noch in diesem Jahr entscheidet, die Zahl der in Westeuropa gelagerten nuklearen Gefechtsfeldwaffen einseitig zu verringern. Eine weitere Reduzierung nuklearer Waffensysteme kann künftig als Folge der Einführung neuer konventioneller Waffensysteme erfolgen. Die Rolle nuklearer Gefechtsfeldwaffen könnte als Ergebnis rüstungskontrollpolitischer Vereinbarungen über nukleare und konventionelle Waffen in Mitteleuropa sogar grundsätzlich neu überdacht werden.

Schlußfolgerungen:

1. Ich bin nach wie vor gegen die Aufkündigung des NATO-Doppelbeschlusses - aber dies mehr aus bündnispolitischen und rüstungskontrollpolitischen als aus militärstrategischen Erwägungen.
2. Die Diskussion über den NATO-Doppelbeschuß hat zu einer kritischen Diskussion über die geltende NATO-Strategie der flexible response geführt. Von einigen wird die nukleare Abschreckung insgesamt infrage gestellt, von anderen bestimmte Elemente der nuklearen Abschreckung, von wiederum anderen das Verhältnis von konventionellen und nuklearen Elementen in der Verteidigungskonzeption der NATO. Diese Diskussion ist unbequem. Sie kann aber im Ergebnis zu besseren Lösungen führen. Bis solche gefunden sind gilt die bisherige Strategie.
3. Aus deutscher Sicht kann ich mir keine neue oder veränderte Militärstrategie vorstellen, die den fortdauernden und beharrlichen Versuch um Rüstungskontrolle und um einen Interessenausgleich zwischen Ost und West überflüssig macht.
4. Im Gegenteil bin ich der Meinung, daß uns die kritische Diskussion über neue Militärtechnologien und Militärstrategien auf die prioritären Fragen der politischen Bedingungen für eine erfolgreiche Friedenssicherung und Abrüstungspolitik verweisen wird. Aus diesem Grund unterstütze ich das Konzept der gemeinsamen Sicherheit oder der Sicherheitspartnerschaft. (-/3.5.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

